

Rede des FW-Fraktionsvorsitzenden Albrecht Marufke zum Haushaltsentwurf 2010/11 am 11.03.2010 vor der Gemeinderterung Ginsheim-Gustavsburg

E4

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Vertreter der Presse, werte Gäste.

Über den Haushaltsentwurf 2010/2011 unserer Gemeinde zu reden, ist angesichts der höchsten Verschuldung - aller Zeiten - nicht gerade ein erfreuliches Thema.

Zuerst bedanken wir uns bei Herrn Heß, dem Fachbereichsleiter für Finanzen und seiner Mannschaft - für die Erstellung des Haushaltsplanes mit mehr als 300 Seiten.

Es war sicherlich ein immenser Aufwand einen Haushalt nach dem Doppikverfahren zu erstellen, -deshalb steht dieses System ja auch bei einigen Gemeinden in der Kritik. Aber trotz einiger Unzulänglichkeiten (z.B. der Bewertung von Straßen und Plätzen) stehen wir FREIEN WÄHLER zu diesem System, - weil es sich bereits lange in der Wirtschaft hervorragend bewährt hat. Wir begrüßen die Erstellung eines Doppelhaushalts, obwohl nächstes Jahr ein neues Gemeindeparlament gewählt wird.

Das war's aber auch schon mit den positiven Aussagen.

Nun zur Schuldsituation:

Die globale Krise, wurde durch die Gier der Landesbanken, und einiger Großbanken verursacht.

Dadurch wurde der Bund gezwungen, den Zusammenbruch der Wirtschaft durch das Einschleusen unfassbarer Euro-Milliardenbeträge zu verhindern.

Diese Zeche müssen nun auch die Kommunen zahlen: Die Schlüsselzuweisungen des Landes werden dramatisch reduziert. Gleichzeitig haben wir in Ginsheim-Gustavsburg eine Erhöhung der Zahllast für Personal-, Kreis-, Schul- und Gewerbesteuerumlagen, die 61,5 % der gesamten Aufwendungen des Haushaltsjahres für 2010 ausmachen, zu verkraften.

Der Bund, das Land und der Kreis, so sehen wir die Freien Wähler das, haben die Pflicht, die Gemeinden durch einen sachorientierten kommunalen Finanzausgleich zu entlasten.

Denn das Leben der Bürger wird hier vor Ort gestaltet.

Wir empfehlen deshalb, gemeinsam mit anderen Gemeinden, einen Normenkontrollantrag beim hessischen Verfassungsgerichtshof einzureichen, um den kommunalen Finanzausgleich zu unseren Gunsten zu ändern.

Nun zum Ergebnishaushalt,

Der Ergebnishaushalt regelt die Erträge und die Aufwendungen der Gemeinde.

Knapp 6,7 Millionen Fehlbedarf in 2010 und nochmals 4,8 Mill. in 2011 entstehen durch Mehraufwendungen gegen- über den Erträgen. Das heißt – wie der Bürgermeister sagt: – es fehlen die Einnahmen -. Und die können wir kaum beeinflussen, außer die Gemeindevertretung erhöht die Steuersätze und die Abgaben. Für uns FW wäre dies kein gangbarer Weg. Große Einsparmöglichkeiten sind nach unserer Meinung kaum zu erwarten. Sicherlich möchte niemand die Kindergärten an irgendwelche Investoren verkaufen oder sogar zu höheren Elternbeiträgen zur Kostendeckung aufrufen.

Somit - bleiben Einsparungen bei Einzelprodukten z.B. bei Personalaufwendungen oder bei Sach- und Dienstleistungen sowie Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüssen.

Aber gerade hier liegen die wichtigsten Aufgaben unserer Gemeinde.

Hilfe und Unterstützung für junge und alte Mitbürger macht das Leben in unserer kleinen Gemeinschaft doch erst lebenswert. Wir wünschen uns nicht, dass einmal die Zeit kommt, in der wir unser Tafelsilber verkaufen müssen.

Aufgrund der dramatischen Haushalts- und Finanzlage haben die FW die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft zur Haushaltkonsolidierung beantragt.

Nur mit dieser Maßnahme sehen wir die Möglichkeit - Partei übergreifend Sparmaßnahmen für unsere Gemeinde durchzusetzen.

Der Ernst der Lage in unserer Gemeinde macht es notwendig Partei-übergreifend zu denken und zu handeln.

Einsparmöglichkeiten sind aufzuspüren um Schulden abzubauen.

Eventuelle Vermögensäußerungen müssen ebenfalls zum Schuldenabbau verwendet werden.

Auch im Sinne der Generationengerechtigkeit ist es notwendig den Schuldenabbau massiv anzugehen.

Wir regen an, den Konsolidierungsausschuss wiederzubeleben, und ohne Emotionen zu Einsparungsmöglichkeiten zu kommen, die von allen getragen werden.

Nun zum Finanzhaushalt,

Der Finanzhaushalt, regelt die Investitionen der Gemeinde.

Auch wenn papiermäßig keine Neuverschuldung erforderlich wird- wie es der Herr Bürgermeister mehrmals gesagt hat – sind wir der Überzeugung, dass bei den von der Mehrheit der Gemeindevertretung genehmigten Investitionen kürzer getreten werden muss.

Ein neu gewähltes Parlament in 2011 könnte hier neue Weichen stellen. Allein die Mehr- bzw. Folgekosten für das Jugendzentrum und für das Kino, die - warum auch immer- nicht komplett im Haushaltsentwurf enthalten sind, werden zur Korrektur dieser Aussage zwingen.

Am Beispiel des geplanten **Jugendzentrums** möchten wir auf das ausschweifende und wenig professionelle Investitionsgebaren eingehen. Besonders die SPD mit ihrer noch absoluten Mehrheit kleckert nicht, sie klotzt wie üblich.

Die Meinung der Opposition, etwas kleiner wäre vernünftiger, wurde wie üblich von der SPD abgeschmettert.

Wir FW möchten nicht ein Programm für die FW gestalten, sondern ein Programm für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde Ginsheim Gustavsburg. Die Mehrheitspartei mit ihrem Herrn Bürgermeister hat den Berechnungen der Architektin geglaubt und wollte der Opposition glauben-machen, dass das Jugendzentrum voll durch das Konjunkturpaket II bezahlt wird.

Wir verstehen nicht, wie man glauben kann, dass sich öffentliche Bauvorhaben an die geplanten Kosten halten. Das wäre ein Rekord für das Guinnessbuch.

Jetzt müssen die Mehrkosten, - **vielleicht mehr** als 200.000 €, aus dem hoch strapazierten Steuersäckel finanziert werden, diese Mehrkosten werden von Herrn Bürgermeister verbindlich als „da müssen wir etwas drauflegen“ bezeichnet.

Und es gibt noch immer keine Einsicht bzw. Vorschläge von der SPD, wie man das Projekt sinnvoll abspecken könnte.

Die Einsparungsvorschläge der FW und anderer Oppositionsparteien wurden wie üblich nicht aufgenommen.

Beim Kino dürfte es uns nicht viel anders ergehen, wenn man schon jetzt von luxuriösen Sonderwünschen wie wegklappbaren Stuhlreihen und absenkbarer Bühne liest.

Der ursprünglich vorgesehene Zuschuss aus Landesmitteln über das Konjunkturpaket II ist zwischenzeitlich Makulatur d.h. der Finanzhaushalt der Gemeinde wurde dadurch mit mehr als 638 000.- € belastet.

Hoffentlich kommen solche Fehlansätze bei den anderen großen Investitionen, - wie Umgehungsstraße oder Sportplatzverlegung nicht vor.

Schulden, die über die Grenze von 6 Millionen rauschen, ein Cash-Flow auf rasanter Talfahrt, weg brechende Gewerbesteuereinnahmen, Erhöhung der Personalkosten, das wird das Szenario der nächsten Jahre werden.

Wenn uns die SPD vorwirft, wir hätten hier und heute keine präzisen Einsparvorschläge gemacht, so weisen wir daraufhin, dass in der Vergangenheit solche Vorschläge immer abgelehnt, bzw. später als eigene SPD - Vorschläge eingebracht wurden.

Wir warten darauf und werden uns offen und ohne Scheuklappen an Aussprachen und Finanz - Arbeitskreisen beteiligen, denn um die Finanzprobleme für die Zukunft unserer Gemeinde zu meistern, brauchen wir den Konsens aller Mitglieder der Gemeindevertretung.

Wie bereits ausgeführt macht es der Ernst der Lage in unserer Gemeinde notwendig Partei-übergreifend zu denken und zu handeln.

Einsparmöglichkeiten sind aufzuspüren um Schulden abzubauen.

Da wir bis heute keinen ernstesten Sparwillen bei der SPD erkennen können, müssen wir den Doppelhaushaltsplan 2010/2011 leider ablehnen.